



Beschlussvorlage

öffentliche Sitzung

nichtöffentliche Sitzung

Drucks. Nr. 115/2021 - 1

Fachbereich: 16261/20 ml
Planen, Bauen,
Umwelt, Verkehr
Datum: 24.03.2021

Beratungsfolge

Termin

Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr

26.04.2021

Gegenstand

Bauvoranfrage zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 6 Wohneinheiten und 9 Stellplätzen auf dem Grundstück Bergische Landstraße 96, Gemarkung Bleifeld, Flur 1, Flurstücke 1532 und 1556

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss stimmt dem Vorhaben zu.

Beratungsergebnis			
Gremium 1	Gremium 2	Gremium 3	Gremium 4
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> einstimmig
<input type="checkbox"/> mit Mehrheit	<input type="checkbox"/> mit Mehrheit	<input type="checkbox"/> mit Mehrheit	<input type="checkbox"/> mit Mehrheit
ja	ja	ja	ja
nein	nein	nein	nein
Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung
<input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorlage	<input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorlage
<input type="checkbox"/> abweichend	<input type="checkbox"/> abweichend	<input type="checkbox"/> abweichend	<input type="checkbox"/> abweichend

Erläuterungen

Der Antragsteller beantragt im Rahmen einer Bauvoranfrage den Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit 6 Wohneinheiten auf dem Grundstück Bergische Landstraße 96, Gemarkung Bleifeld, Flur 1, Flurstücke 1532 und 1556.

Für dasselbe Grundstück wurde am 19.07.2019 ein Vorbescheid zur Errichtung eines Wohnhauses mit 2 WE und erdgeschossigem Ausstellungsraum für Pkw erteilt (Az.: 14909/2019; Drucksache 731/2018; Zustimmung bei einer Gegenstimme).

Das aktuelle Vorhaben wurde bereits im Rahmen der Sitzung vom 08.06.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt und einstimmig abgelehnt (Drucksache 1093/2020). Die überarbeitete Version (Drucksache 115/2021) wurde in der Sitzung vom 08.03.2021 vertagt. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, mit dem Antragsteller über die Reduzierung des Vorhabens auf 5 Wohneinheiten zu verhandeln.

In den mittlerweile stattgefundenen Verhandlungen hat der Antragsteller eine Reduzierung der Wohneinheiten abgelehnt und auf einer Entscheidung zur bestehenden Planung bestanden.

Mit Datum vom 26.03.2021 teilt eine vom Antragsteller beauftragte Kanzlei mit, dass nach Prüfung der Bauvorlagen eine Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens vorliegt und die Absicht besteht, unter Fristsetzung bis zum Sitzungsdatum, dann gegebenenfalls die Stadt Rösrath zur Erteilung des Vorbescheides verpflichtend zu verklagen.

Die Verwaltung hat bereits auf den vorangegangenen Sitzungen die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens dargelegt. Daher sollte der Ausschuss dem beantragten Vorhaben seine Zustimmung erteilen.

Im Auftrag

Im Auftrag

Christoph Herrmann
Dezernent

Gerhard Huck
Bereichsleiter

Drucksache 115/2021-1